

Für eine offensive Tarif- und Gewerkschaftspolitik 2021

Die im März 2020 geschlossenen Tarifverträge für die Metall- und Elektroindustrie können zum 31.12.2020 gekündigt werden. Die Tarifrunde 2021 wird dann vor einem schwierigen Hintergrund unsere Gewerkschaft vor große Aufgaben stellen:

- Der weltweite Wirtschaftseinbruch, schon vor der Pandemie gerade für die Exportwirtschaft spürbar, ist durch Corona schon jetzt stärker als die Krise 2008/2009. Und es besteht die Gefahr der weiteren Verschärfung durch eine zweite Welle der Pandemie im Herbst. Tausende von Menschen und Arbeitsplätzen sind bedroht.
- Die Aufgaben zur Gestaltung der „großen Transformation“ sind weiterhin ungelöst. Im Verhandlungsergebnis der M&E-Tarifrunde 2020 wurde vereinbart, diese „Fragen, insbesondere zur Bewältigung der Digitalisierung / Energiewende / Mobilitätswende“ in die Themen der nächsten Tarifrunde aufzunehmen. Auch hier sind drastische Änderungen zulasten der Beschäftigten und der Verlust von Arbeitsplätzen, die Schließung und Verlagerung von Betrieben und schwere Krisen ganzer Industriezweige zu befürchten, wenn die Entwicklung dem freien Spiel der kapitalistischen Kräfte überlassen würde und Staat, andere gesellschaftliche Kräfte und insbesondere die Gewerkschaften nicht gezielt und entschlossen gegensteuern.

Die Tarifrunden 2021 der IG Metall (auch Stahl; kündbar zu Ende Februar 2021!) werden den großen Zukunftsfragen nicht ausweichen können. Profit oder Menschlichkeit? Die Gegenseite hat sich schon deutlich in Stellung gebracht. Die abhängig Beschäftigten sollen die Kosten der Pandemie zahlen und bei der Transformation soll kurzfristige Wirtschaftlichkeit vor nachhaltiger sozialer Gestaltung von Technik und Betrieb sowie Klimaschutz stehen.

Das Kapital stellt sich auf zum Klassenkampf. Ein scharfes Schwert der Unternehmer ist dabei die behauptete grundsätzliche Interessengleichheit von Kapital und Arbeit und die daraus abgeleitete Ideologie der Sozialpartnerschaft. Auf diese klebrige Schleimspur darf sich nicht begeben, wer eine menschliche Zukunft anstrebt.

Es ist zu erwarten, dass im Frühjahr 2021 die wirtschaftliche Situation vieler Betriebe unserer Branchen noch schwierig sein wird. Kurzarbeit, drohende Entlassungen, Betriebsschließungen, Verlagerungen, Insolvenzen, hohe Arbeitslosigkeit werden Themen sein, die uns beschäftigen. Da kommen wir nicht überall mit den klassischen Instrumenten der Tarifauseinandersetzungen aus. Mehr als sonst – mindestens vergleichbar mit dem Kampf um die 35-Stunden-Woche in den 1980er Jahren – braucht es eine gesellschaftliche Unterstützung des Tarifkampfes. Und das ist möglich, wenn wir mutig an gesellschaftliche Grundfragen

herangehen, die die Menschen bewegen. Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung auf vier Tage in der Woche zur Arbeitsplatzsicherung und zum Abbau von Belastungen kann ein solcher, guter Schritt sein. Aber die Forderung darf sich nicht darauf beschränken, betrieblich einvernehmlich im Wege einer freiwilligen Betriebsvereinbarung die Arbeitszeit weiter verkürzen zu können, um Entlassungen zu vermeiden. Und wenn die Kapitaleseite nicht will, dann eben nicht? Das reicht nicht, das wäre „Sozialpartnerschaft pur“ statt der notwendigen Auseinandersetzung mit dem Kapital!

In der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass vieles eben doch möglich ist, was vielen vor Monaten noch unmöglich schien. Selbst Eingriffe in die Profitheorie sind möglich.

Wir fordern vom Staat:

- Staatliche Stützungsmaßnahmen für Betriebe müssen mit dauerhafter Einflussnahme der Gesellschaft und der Beschäftigten auf die Firmenpolitik verbunden werden. Das ist ein Einstieg in die überfällige Demokratisierung der Wirtschaft.
- Deutliche Ausweitung von Investitionen in den öffentlichen Sektor, insbesondere den Gesundheits-, Bildungs- und öffentlichen Verkehrsbereich. Qualifizierungsangebote auf solche Berufe für Beschäftigte, deren Arbeitsplatz in Folge der Transformation gefährdet ist. Wir wollen eine Verteilung der vorhandenen Arbeitskraft nach gesellschaftlichen Erwägungen statt nach Profitgesichtspunkten.
- Das Arbeitszeitgesetz darf nicht noch weiter „flexibilisiert“ werden, wie die Vertreter des Kapitals es fordern. Zur Unterstützung tariflicher Arbeitsplatzsicherung muss die wöchentliche Höchstarbeitszeit auf max. 40 Stunden herabgesetzt werden.
- Die Möglichkeit von Kurzarbeit muss auf mindestens 24 Monate ausgeweitet werden. Das Kurzarbeitergeld muss ab dem ersten Monat auf 80% bzw. 87% erhöht werden.

Wir wollen mit tariflichen Mitteln erreichen:

- Eine Möglichkeit zur betrieblichen Verkürzung der Arbeitszeit auf 4 Tage in der Woche mit Lohnausgleich zur Sicherung der Beschäftigung. Diese Arbeitszeitverkürzung soll im Streitfall auch gegen die Kapital-Seite durchsetzbar sein. Der Zeitraum soll dabei gegenüber bisherigen Regelungen verlängert werden, der Ausspruch betriebsbedingter Kündigungen soll gegenüber den von der Verkürzung Betroffenen ausgeschlossen sein.
- Für die ostdeutschen Tarifgebiete, die noch nicht die tarifliche 35-Stunden-Woche eingeführt haben, soll ein kurzfristiger Stufenplan hin zur 35-Stunden-Woche abgeschlossen werden.
- Die Personalbemessung soll der Mitbestimmung des Betriebsrats unterliegen. Damit kann verhindert werden, dass die positiven Wirkungen einer Arbeitszeitverkürzung durch Leistungsverdichtung unterlaufen werden.

- In den Betrieben soll die Möglichkeit geschaffen werden, per Tarifvertrag Investitionen in Zukunftsprojekte im Rahmen der erforderlichen Transformation zu vereinbaren. Auch dies soll im Konfliktfall gegen den Widerstand eines uneinsichtigen Unternehmers durchgesetzt werden können. Damit die Demokratie den Weg auch hinter die Werkstore findet.
- Die Regelung einer tariflichen Zuzahlung zum Kurzarbeitergeld, wie sie in Baden-Württemberg bereits besteht, soll auf die anderen Tarifgebiete ausgeweitet werden.
- Wir fordern eine spürbare Erhöhung der Tarifentgelte. Auch deshalb, weil der private Konsum eine wichtige Stütze der wirtschaftlichen Wiederbelebung nach der Corona-Pandemie sein muss.

Mit diesem Programm sprechen wir uns für eine grundlegende Demokratisierung der Wirtschaft aus. Wenn eine gesellschaftliche Umgestaltung zu Menschlichkeit statt Profit erreicht werden soll, dann braucht es neben ökologischer Verträglichkeit, sozialer Technikgestaltung und Nachhaltigkeit eine offensive Gewerkschaftspolitik.

Robert Sadowsky für den

**Vorbereitungskreis für eine offensive Gewerkschaftspolitik
September 2020**

Der „Vorbereitungskreis für eine offensive Gewerkschaftspolitik“ setzt sich aus hauptamtlich bei der IG Metall beschäftigten Kolleginnen und Kollegen zusammen. Weitere Informationen unter www.offensive-gewerkschaftspolitik.de